



CDU

Ortsverband Luthe



Finanzierung von Straßenausbauten in Wunstorf

Online-Umfrage des CDU-Ortsverbandes Luthe im Dezember 2018/Januar 2018

Inhalt:	Seite
• Vorbemerkung	2
• Auswertung	3
• Grafische Darstellung der Umfrageergebnisse	4
• Fazit	5-6
• Anhang (Einzelbemerkungen)	7-10



CDU

Ortsverband Luthe



Finanzierung von Straßenausbauten in Wunstorf

Das Thema Straßenausbau hat in den letzten Jahren viel Raum und Zeit in Diskussionen eingenommen und an vielen Stellen Unfrieden gestiftet.

Kaum eine Baumaßnahme wird noch ohne massive Proteste von Anliegern begleitet, die unzufrieden mit der Planung und Umsetzung der Maßnahmen an sich sind, vor allem aber sich gegen die oft fünfstelligen Beiträge zur Wehr setzen.

In Luthe tragen zudem die im Vergleich zum Zeitraum 2000-2010 deutlich gestiegene Frequenz der Ausbauten, aber auch die gestiegenen Baupreise dazu bei, dass das Thema Straßenausbau immer wieder zum Reizthema wird.

Besonders wurde in vielen Gesprächen Ärger über die Umlage eines Teiles der Baukosten als Anliegerbeiträge deutlich. Neben der Höhe, den häufigen Kostensteigerungen geraten auch die Abrechnungsmodalitäten immer wieder in die Kritik. Als Stichworte seien hier Schwierigkeiten bei der Anerkennung als Handwerkerleistungen in der Steuererklärung oder hohe Zinssätze bei Stundungen genannt.

Die Luther CDU hatte sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit dem Thema befasst, im Rahmen einzelner Baumaßnahmen Betroffene unterstützt und intern Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Bereits bei diesen Diskussionen wurde klar, dass eine Änderung der Finanzierung notwendig ist.

Wir haben uns daraufhin entschlossen, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung mitzuteilen und ihre Ideen einzubringen.

Dies war die Grundlage für die im Dezember 2018 initiierte Online-Umfrage. Ausdrücklich nicht war das Ziel einer Abstimmung bzw. die Legitimation eines Lösungsvorschlages, da derartige Umfragen weder repräsentativ sind, noch ausreichend gegen Missbrauchsversuche abgesichert werden können.



CDU

Ortsverband Luth e



Auswertung der Umfrage

Neben der Auswahl vorgegebener Antwortmöglichkeiten, nutzen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, frei formulierte Kommentare und Vorschläge einzureichen.

Wir haben uns zunächst die Antworten auf die vorgegebenen Fragen angesehen. Festzustellen ist dabei:

- Der weit überwiegende Teil der Antworten spiegelt eine Unzufriedenheit mit der derzeitigen Regelung wieder.
- Ebenso wird in den Antworten eine Abkehr von der direkten finanziellen Beteiligung bevorzugt.
- Die Erhebung wiederkehrender Beiträge spielt als Lösungsmöglichkeit keine Rolle.
- Die Option „Grundsteuererhöhung“ wird in einem großen Teil der Antworten als Lösungsmöglichkeit gesehen, innerhalb dieser Gruppe zudem eine möglichst schnelle Umsetzung.
- Zwar wird teilweise eine Abschaffung der STRABS ohne Kompensation gefordert, konkrete Einsparvorschläge hingegen gibt es nur sehr vereinzelt in dem Kommentaren.
- Die abgegeben Textkommentare zeigen eine hohe Emotionalität und eine Erwartungshaltung an die Wunstorfer Politik, eine Neugestaltung zeitnah voranzutreiben.
- Insgesamt zeigen die Antworten eine hohe Bereitschaft, sich an Straßenausbauten direkt oder indirekt zu beteiligen, überwiegend jedoch wird eine bessere Verteilung der finanziellen Last erwartet.



Umfrageergebnisse

Situation	Lösungsansätze	Finanzierungs-option	Antwor-ten	
<div style="background-color: #00FF00; padding: 10px; text-align: center;">zufrieden (17)</div> <div style="background-color: #FF0000; padding: 10px; text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold; color: white;">unzu- frieden (234)</div>	direkte Kostenbeteili- gung (25)	Beibehaltung Anlie- gerbeiträge in bishe- riger Form (17)	Beibehaltung Anliegerbeiträge in bishe- riger Form 17	
		Erhebung wiederkeh- render Beiträge (8)	Erhebung wiederkehrender Beiträge 8	
	indirekte Kostenbe- teiligung (198)	Haushaltsrisiko, Kompensation durch Grundsteuer (117)	Abschaffung der Anliegerbeiträge und Finanzierung über die Grundsteuer (ab 2024 im Rahmen Grundsteuerreform)	40
			Abschaffung der Anliegerbeiträge und Finanzierung über die Grundsteuer (schnellstmöglich)	77
		Haushaltsrisiko, In- kaufnahme Schul- den, Einsparungen, verminderte Investi- tionen, Abhängigkeit von Zuschüssen (81)	Abschaffung der Anliegerbeiträge und Finanzierung aus dem städtischen Haus- halt (Kompensation durch Einsparungen)	38
	sonstiges (18)	sonstiges (18)	sonstiges	43
			18	



CDU

Ortsverband Luthe



Fazit

Kurz gesagt:

Wir sind für eine schnellstmögliche Reform der Finanzierung von Straßenausbauten. Unserer Meinung nach sollten diese ohne Anliegerbeiträge aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Eine Kompensation des Wegfalls der Anliegerbeiträge sollte durch eine Anhebung der Grundsteuer erfolgen.

Warum?

Das Vorhalten von Verkehrswegen ist unserer Ansicht nach eine allgemeine Daseinsvorsorge. Bürgerinnen und Bürger können sich der Teilnahme am Straßenverkehr nicht entziehen, das Funktionieren der Allgemeinheit, wirtschaftliche Tätigkeiten und vieles mehr bedarf einer intakten Infrastruktur. Dies überwiegt im weiten Maße das Einzelinteresse von Anliegern und ist demnach auch finanziell dem allgemeinen städtischen Haushalt zuzurechnen.

Geht es nicht ohne Grundsteuererhöhung?

Bei einem Gesamthaushalt von rd. 60 Millionen Euro wäre es unseriös, einfach zu sagen „das geht auch so“. Letztlich redet man über ein Volumen von 800.000 –1.000.000 Euro. Auch wenn derzeit in anderen Kommunen unter der Überschrift „STRABS ersatzlos abgeschafft“ Entscheidungen getroffen werden, sehen wir ohne die Möglichkeit einer Gegenfinanzierung die Handlungsfähigkeit der Stadt Wunstorf eingeschränkt. Schulen, Feuerwehrhäuser, Sportstätten, soziale Projekte. Dies wären in den nächsten Jahren die Leidtragenden—und das sind Themen, die aus anderen Kommunen nicht immer bis nach Wunstorf durchdringen. In der Stadt Hannover jedenfalls wurde kurz nach der „frohen STRABS-Botschaft“ bereits ein akuter Geldmangel bei Schulsanierungen verkündet. Auch wenn das Thema Straßenausbau dringend ist—andere Dinge sind es auch und dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Warum nicht warten?

Was wäre denn besser, wenn man mit einer Änderung warten würde? Die Grundsteuerreform wird kommen, das ist richtig. Aber letztlich weiß man derzeit noch nicht wie sie überhaupt aussehen wird. Wir können uns jedenfalls nicht vorstellen, dass es für die Bürgerinnen und Bürger oder für die gesamte Stadt Wunstorf ein Vorteil sein soll, noch vier, fünf oder mehr Jahre zu warten bis man das Thema angeht.

Ist denn eine Grundsteuererhöhung gerecht?

Jein. Zunächst einmal muss man eingestehen, dass es niemals eine zu 100% gerechte Lösung geben wird. Aber: Grundsteuer zahlen Bewohner von Einfamilienhäusern ebenso wie Mieter kleiner Wohnungen und genauso Gewerbebetriebe. Zudem erreicht man damit eine insgesamt breite Streuung der Mehrbelastung sowie eben auch die Nutzer der Straßen. Man erzielt also eine möglichst geringe Mehrbelastung.



CDU

Ortsverband Luthe



Welche Alternativen gibt es?

Sowohl als Ausgangsbasis der Umfrage als auch in den Bemerkungen von Teilnehmerinnen Teilnehmern gab es Alternativen. Im Gegensatz zu dem favorisierten Modell einer Abschaffung der STRABS und Gegenfinanzierung über die Grundsteuer bergen diese Alternativen oftmals rechtliche Hürden oder erfordern einen hohen Verwaltungsaufwand.

Beispielsweise der Vorschlag, Anliegerbeiträge als zinsgünstiges Darlehn mit Absicherung über eine Grundschuld, welcher uns auch durchaus logisch erschien, würde aber bedeuten, dass bei einem Straßenausbau mit 100 Anliegern auch ebenso viele Notartermine und anschließend Verwaltung der Darlehn organisiert werden müssten. Da das alles nicht kostenlos zu haben ist, würden allein dadurch die Kosten für den Straßenausbau massiv in die Höhe getrieben und müssten wiederum durch die Anlieger bezahlt werden.

Vorgeschlagen wurde auch, die Grundsteuer, oder zumindest einen Teil davon, zweckgebunden für den Straßenausbau zu erheben. Neben dem rechtlichen Risiko (die Abgabenordnung als Grundlage der Steuererhebung sieht ausdrücklich vor, dass Steuern nicht zweckgebunden erhoben werden dürfen), sollte auch hier wieder die Verhältnismäßigkeit beachtet werden. Straßenausbau ist nur eine von vielen städtischen Aufgaben und auch wenn derzeit durch viele Ärgernisse der Fokus darauf liegt, steht diese Aufgabe gleichberechtigt in einer ganzen Reihe von Herausforderungen.

Kann man beim Straßenausbau nicht sparen?

Beim Ausbau von Straßen greifen viele Regelungen. Wird eine Straße grundlegend saniert, müssen entsprechend neue Baustandards eingehalten werden—wie eben Privatleute bei Anschaffungen ja auch Dinge nach aktuellem Standard aussuchen und nicht nach dem technischen Stand von vor 30, 40 oder 50 Jahren. Und viele dieser Dinge haben eben auch ihren Preis. Dazu kommt die derzeit hohe Auslastung der Straßenbaubetriebe die dazu führt, dass sich oftmals nur wenige Firmen um die ausgeschriebenen Aufträge bewerben und auch höhere Preise verlangen. Ähnliches ist ja auch im privaten Umfeld bei der Beauftragung von Handwerkerleistungen zu beobachten. Nichtsdestotrotz gibt es stetig Bemühungen in den Gremien, Einsparvorschläge einzubringen. Doch die sind beim Bau einer öffentlichen Straße eben nicht immer so einfach umzusetzen wie bei der Gestaltung eines Weges im eigenen Garten.

Zum Schluss noch einmal zusammengefasst:

Aus unserer Sicht ist eine schnellstmöglich Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung mit einer Kompensation des dadurch entstehenden Fehlbetrages über eine Erhöhung der Grundsteuer die gerechteste, praktikabelste und für alle Beteiligten kostengünstigste Lösung.

Ab der folgenden Seite lesen Sie (anonymisiert) die Einzelbemerkungen die uns erreicht haben. Einige, bei denen eine Anonymisierung nicht möglich war oder die doppelt eingegangen waren, haben wir entfernt.



CDU

Ortsverband Lüthe



Finanzierung von Straßenausbauten sollte abhängig sein von dem Verkehrsaufkommen. Bei sogenannten Durchfahrtsstraßen sollte die Stadt größtenteils für die Kosten aufkommen, bei überwiegend sogenannten Privatstraßen mit kaum bis geringem Durchfahrtsverkehr größtenteils die Eigentümer.

Reduktion der Straßenausbaukosten durch weniger Schnicknack, langfristige Einbindung örtlicher Baufirmen zur Kosteneinsparung in Bauzeitverkürzung, Nutzung von Landes-, Bundes- u. EU-Mitteln, Professionierung der Tiefbauabteilung durch externe Ing.-Büros bei gleichzeitiger Stelleneinsparung dort

Beteiligung der Anlieger an den Kosten wie bisher, jedoch als langfristige Darlehen in tragbaren Raten zu tilgen und entsprechendem Eintrag im Grundbuch. Bei Veräußerung der Liegenschaft zwingend Tilgung der Restschuld aus dem Darlehen in einer Summe. - Härtefälle wären somit vermieden und die Gemeinden anteilig entlastet.

Streckung der Zahlungen auf mind. 10 J, geringere Zinssätze, Reduzierung der Anliegerprozente (75% auf 50, 50 auf 25%) wenn die Vorteile (§6 NKAG) des Anliegers geringer als die des Gemeinwohles sind (zB bei Infrastrukturmaßnahmen); weiter sollte eine Selbstverpflichtung zur Nutzung der Grundsteuer erfolgen (zB 5—10%); Wichtig wäre ein sofortiges Aussetzen (Satzungsbeschluss) der aktuellen Regelung bis zur Klärung der nds. Regelung, damit nicht noch mehr Unmut / Leid und politische Enttäuschung produziert wird.

Weiter fehlt Aufklärung über die Situation in Deutschland und warum neben Bayern jetzt zwei weitere Bundesländer und unser Landeshauptstadt (!) die Strabs kippen wollen. Durch diesen gesetzlichen „Flickenteppich“ haben wir eben keine „gerechte und gleiche“ Lösung/ Finanzierung/ Anwendung ...

Danke dafür, das die Luther CDU dieses Thema jetzt wieder mit Priorität aufnimmt. Gerne würden wir uns an der Diskussion, zB mit einem separaten Termin beteiligen.

Maximal 25% Anlieger Beiträge. Verzicht auf Luxus Sanierungen wie bisher.

Eigentümer, die in den letzten 15-20 Jahren Strabs bezahlt haben, werden von der Grundsteuer bis zur absoluten gezahlten Höhe befreit.

Finanzierung über Kfz Steuer und Grundsteuer

Die Kosten bei Ausbau von Straßen muss allgemein auf alle Bürger umgelegt werden. Es darf nicht sein, dass Anlieger von Regionstraßen (usw.) nicht mit bezahlen. Selbst diese Straßen bezahle ich auch durch meine Steuern.

Wenn der Soli bleibt dann kann man diesen dafür verwenden und nicht für andere Sachen missbrauchen. Im Osten sind die meisten Straßen neu!

Gegenrechnung der Kosten für die Umsetzung der Strabs. zB. Kosten von Verwaltungsangestellte wie Beitragsberechnern, deren Räumlichkeiten.

Austausch mit anderen Städten die die Strabs bereits abgeschafft haben.

Reduzierung der Verwaltungskosten zur Durchsetzung der STRABS

Die Abschaffung der STRABS zu fordern ist nicht populistisch! Die STRABS ist ungerecht und benachteiligt willkürlich einige wenige Bürger mit einer extrem hohen Gebühr! Idealerweise schafft der Landtag die Beiträge ab! Notfalls müssen die Beiträge von allen Grundstückseigentümern in Wunstorf getragen werden.

CDU Ortsverband Lüthe

www.cdu-luthe.de

www.facebook.com/CduOrtsverbandLuthe

Vorsitzender:
Andreas Lange
Hauptstr. 10D
31515 Wunstorf

Telefon: 05031 6996304

Telefax: 05031 6949814

E-Mail: andreas.lange@cdu-luthe.de



CDU

Ortsverband Luthe



Fair ist es, wenn alle Nutzer, wie auch Bewohner einer Straße an den Kosten beteiligt werden, wie oben jährlich wiederkehrende Beiträge auf Gebiete...

Abzustellen ist auf die Art und die Häufigkeit der Nutzung. In unserer Straße fahren Anwohner (Eigentümer, Mieter, Besucher), fremde Dritte, Anlieferverkehr und Müllabfuhr. Durch Schwerlastenverkehr und Müllabfuhr wird die Straße am stärksten beansprucht.

Vielleicht wäre es denkbar, die gesamten Kosten für den Straßenausbau auf Basis des Schlüssels für die Müllgebühr im kommunalen Bereich anteilig umzulegen. Ein Ansatz für eine gerechtere und gleichmäßigere Kostenverteilung.

Die Finanzierung darf nicht einseitig die Eigentümer überbelasten (z.B. 75% Kostenanteil), deshalb eine Finanzierung aus dem städtischen Haushalt ohne Einsparungen dort. Ein Finanzierungsanteil der Eigentümer in Form einer 10%igen Grundsteuererhöhung (Basis sind dabei die aktuell geltenden Sätze) scheint vertretbar. Sofortige Zurückstellung aller geplanten Ausbaumaßnahmen in ganz Wunstorf, bis die Finanzierung neu geregelt ist.

Ratenzahlung Zinslos über mindestens 10 Jahre.
Steuerlich absetzbar (Stadt kann = Bürger nicht ??)

Steuerlich absetzbar
Ratenzahlung auf mindestens 15 Jahre zinslos

Als Eigentümer eines Grundstücks zahlt man Grundsteuern. Dieses Geld sollte Zweckgebunden für den Bau der Straßen verwendet werden.

Auch die Mieter in Wunstorf / Luthe sollten über die Grundsteuer zur Finanzierung unserer Straßen mit herangezogen werden, da sie mit ihren Fahrzeugen in gleicher Weise die Straßen benutzen, wie wir Anlieger.

Finanzierung über Landesmittel

Die die jahrelang auf Urlaub und andere Dinge verzichtet haben um ihr Haus zu bauen werden dann wenn sie in Rente gehen voll zur Kasse gebeten um den Haushalt der Stadt Wunstorf zu sanieren die Strassen nutzen doch alle ,Ich werde die Partei wählen die das ändern wird

Auch Besitzer von Eigentumswohnungen müssten aktuell anteilig beteiligt werden. Nutzer von Mietwohnungen mit eigenem PKW desgleichen.

Kfz-Steuer, Steuer für Kraftstoffe, Grundsteuer, ... von diesen Geldern sollte doch genügend da sein, dass wir in unserem Land anständige Straßen und Gehwege haben. Alles andere ist eine Frechheit!

Die "Strabs" sollte schnellstmöglich fallen! Andere Städte um Wunstorf herum, habe es auch kurzfristig geschafft.

Kurzfristige Reduzierung von 75% auf 51% und langfristige Zahlungsziele wegen Kostenersparnis beim Ausbau der Kläranlage.

Bis zu einer Neuregelung sollten nur die absolut notwendigen Massnahmen in Auftrag gegeben werden. Die hierdurch gesparten Beträge können dann für weitere Verbesserungen (Kita, Schule, Altenpflege, etc.) verwendet werden.

Es sollte nicht ausschließlich die Grundstücksgröße und Geschoszahl über den Beitrag entscheiden. Ein Einfamilienhaus auf einem kleineren Grundstück nutzt die Straße genauso wie ein Einfamilienhaus mit mehr Rasenfläche. Der Aufteilungsschlüssel könnte geändert werden, indem die Gewichtung geändert wird und mehrere Parameter herangezogen werden. Grundstück, Wohnfläche, wie viele Wohneinheiten sind in dem Haus, usw. Andererseits sollte auch berücksichtigt werden, dass durch die Kanaltrennung und Erneuerung sowieso ein Großteil der Strasse beschädigt werden würde und ich kann mir nicht vorstellen, dass der Gesamtbetrag der Kosten gerecht aufgeteilt wird. Eine Transparenz der Aufteilung von Stadt und Anlieger wäre wünschenswert.

CDU Ortsverband Luthe

www.cdu-luthe.de
www.facebook.com/CduOrtsverbandLuthe

Vorsitzender:
Andreas Lange
Hauptstr. 10D
31515 Wunstorf

Telefon: 05031 6996304
Telefax: 05031 6949814
E-Mail: andreas.lange@cdu-luthe.de



CDU

Ortsverband Luthe



Grundsätzlich sollen alle Bürger, die die öffentlichen Straßen benutzen können, auch die Kosten tragen. Der sogenannte Vorteilsbestand der Anlieger muß auch mit den vorhandenen Nachteilen (Lärm, Umweltbelastung durch Verkehr) abgewogen werden. Ferner ist hier der Bürger der Willkür der Verwaltung ausgesetzt, die durch ihre oft nicht nachvollziehbaren Entscheidungen, Kosten verursachen.

Da die Ausbaumaßnahmen nach und nach durchgeführt werden und letztlich den ganzen Ort Luthe betreffen halte ich mehr Transparenz bzgl. der Planung für dringend notwendig. Da neben den Kosten, die durch die Baumaßnahmen für die Kommune entstehen zusätzlich auch "Eigenleistungen" der Hausbesitzer notwendig sind. Bei einigen Häusern muß eine aufwändige Trennung von Regenwasser und Brauchwasser vorgenommen werden, was leicht in den 5-stelligen Euro-Bereich geraten kann.

Heute ist es wie ein Lottospiel, ob man keinmal, einmal oder zweimal in seinem Leben die Straße vor seiner Haustür mit finanziert. Benutzt wird die Straße von allen Bürgern - zu Fuß, mit dem Rad, per Auto oder von Besuchern oder nur das der Bus dort drüber fahren kann. Auch das Auge isst mit, wir wollen einen schönen Ort (Baumschutzsatzung vs. Werbetafel an der Hauptstraße). Dazu gehören gepflegte Straßen. Es sollten also alle Bewohner gleich beteiligt werden und auch die Unternehmen, die mit diesen Bürgern Geld verdienen. Die Stadtmitarbeiter, die Ihre Arbeitszeit damit verbringen, die betroffenen Bürger zu informieren, die Beträge einzusammeln und sich deren Unmut anzuhören, müssen wir für die gute Planung (mit Anwohnerbeteiligung), schnelle Umsetzung und Kostenkontrolle einsetzen.

Die Bürger müssen vor Ausbau umfassend an der Planung beteiligt werden und die Möglichkeit haben, über das wie und wie teuer mit zu entscheiden. Das ist nicht unproblematisch, aber es geht nicht an, dass die Politik bestimmt und der Bürger muß es bezahlen. Da reicht auch nicht der Hinweis, dass die Vertreter der Politik demokratisch gewählt worden sind.



CDU

Ortsverband Luthe



Da es hier keine Möglichkeit gibt, anderweitig Stellung zu nehmen, nutze ich den Raum zu einigen Anmerkungen, die nicht mit einer Idee zur Refinanzierung von Straßenausbaubeiträgen zu tun haben. Ich wende mich damit an Sie als meine politischen Vertreter des Stadtrates und potentielle Entscheidungsträger, weil ich das aktuelle Verhalten "der Stadt" politisch höchst bedenklich finde. Noch immer erfolgt einseitige Berichterstattung in der Presse/dem Stadtanzeiger, die ich als unglücklich empfinde. Ist den politischen Vertretern der Stadt der Haushaltsposten Straßenausbaubeiträge wirklich so viel wichtiger, als zufriedene Mitbürger, die auch zukünftig am Ort leben und arbeiten können? Diese Menschen sind Ihre Wähler!

Zur obigen Frage:

Berücksichtigung der Zuwendungen der N-Bank, die die Stadt Wunstorf im letzten Jahr bereits erhielt (1Mio.€), und die die Kosten somit bereits gedeckt hätte - was öffentlich nicht erwähnt wird!?

Sofortiger Stopp weiterer Baumaßnahmen und Aussetzung aktueller Bescheide aufgrund absehbarer Neuregelung der Grundsteuer bundesweit noch in diesem Jahr, die aktuell z.B. im Veilchenweg nur durchgeführt werden, weil die Stadt zur Trennung von Regen- und Brauchwasser verpflichtet ist - was in den aktuell betroffenen Straßen genau so lange abgewartet wurde, bis die Stadt diese Straßen wieder "anfassen" durfte und was nun (schnell mal eben noch?) von den Anliegern bezahlt werden soll, BEVOR die Neuregelung kommt? Oder die Umwidmung des Ottenlocks in eine Anliegerstraße, wo nun nicht mehr die Stadt für die Ausbaumaßnahme zahlen muss und prompt den Ausbau anordnet?

Transparenz in der Vorgehensweise - bei laufenden wie auch zukünftigen Projekten (Aktuell bewirkt die vermeintliche Verschleierungstaktik der unternehmerischen Haltung der Stadt, so umfangreich wie möglich noch Anlieger zur Finanzierung heranzuziehen, bevor diese Möglichkeit rechtlich nicht mehr ausgeschöpft werden kann, nur demokratiefeindliche Haltungen zu befördern - und NICHT, nach dem Solidarprinzip alle Wunstorfer zu beteiligen und das WIR-Gefühl der Einwohner dieser Stadt zu befördern; ein aus meiner persönlichen Sicht nicht nachhaltiges Verhalten einer Stadt, die sich ihrer Atmosphäre und Lebensqualität lobt!)

Die Neuregelung der Grundsteuer auf Bundesebene wird erwartbare Mehreinnahmen bringen, die zur Finanzierung herangezogen werden können - wodurch Mieter berücksichtigt werden, die aktuell überhaupt nicht beteiligt sind, zukünftig aber nur einen Aufschlag auf die Miete zahlen würden (ca.3€/Monat/Whg.).

Die Stadt beklagt hohe Investitionssummen, schließt aber gleichzeitig ein funktionierendes Schulzentrum, um andernorts neu zu bauen - das geht für mich nicht wirklich zusammen.

Die Ausgaben für Straßenausbaumaßnahmen belaufen sich jährlich lt. Stadt auf ca. 1 Mio. € durchschnittlich. Angesichts der hohen Investitionssummen, die genannt werden, ein sehr geringer Anteil des Gesamthaushaltes. Lohnt es wirklich, auf diesen Teil zu beharren zu dem Preis, den die Anlieger jetzt dafür zahlen müssen? Das Angebot an die Betroffenen, Härtefälle durch sog. günstige Kredite von ca. 6% in einer absoluten Niedrigzinsphase anzubieten, finde ich eine Zumutung, zumal die meisten aktuell Betroffenen jenseits eines Alters sind, in dem ihnen eine Bank Kredite gewähren würden - die anschließend die Erben abzuzahlen haben. Andernfalls wird im rechtlich möglichen Fall bei Zahlungsunfähigkeit der Erben aufgrund der Baulast auf einem betroffenen Grundstück sogar die Zwangsvollstreckung möglich - durch die Stadt!

Vertrauen in die Politik "meiner" Stadt sieht für mich anders aus. Das aktuelle Szenario bringt mir als indirekt Betroffener zumindest jetzt schon schlaflose Nächte.

CDU Ortsverband Luthe

www.cdu-luthe.de

www.facebook.com/CduOrtsverbandLuthe

Vorsitzender:
Andreas Lange
Hauptstr. 10D
31515 Wunstorf

Telefon: 05031 6996304

Telefax: 05031 6949814

E-Mail: andreas.lange@cdu-luthe.de